

Damit liegen die Vorschläge der PDS zu einem Zeitpunkt auf unserem Tisch, wo die politischen Bedingungen und rechtlichen Voraussetzungen für ihre Umsetzung durch die geschaffenen Realitäten weitreichend verspielt sind, aber es ist gerade noch rechtzeitig für den Wahlkampf. Und deswegen braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn in der Diskussion um diese Anträge das Wort Wahlkampfakt fällt.

Unsere Fraktion möchte sich statt dessen lieber auf die Sachfragen konzentrieren, die in der knapp bemessenen Zeit noch vom Parlament entschieden werden können und müssen.

Erstens: Wir fordern die Regierung der DDR auf, endlich klar zu benennen, was mit der Armee dieses Landes geschehen soll. Oder möchte man vielleicht warten, bis Panzer vor die Volkskammer rollen?

Zweitens: Wir fordern, die Zivildienstordnung der DDR in den Rang eines Gesetzes zu erheben und im Einigungsvertrag festzuschreiben. Wenn die Bundesregierung verfassungsrechtliche Bedenken hat, kann sie ihre Verfassung in diesem Punkt ja demokratisieren.

Drittens: Wir fordern schließlich, das Gesetz zur sozialen, ökonomischen und technischen Umstellung des Militär- und Wehrwirtschaftsbereichs der DDR für zivile Zwecke, das Konversionsgesetz, in einem beschleunigten Verfahren durch die Volkskammer zu verabschieden.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und vereinzelt bei der SPD)

Es ist mehr als befremdlich, daß die PDS diese wichtige Forderung, gekoppelt an zwei andere, auf den Tisch legt, von denen eine ganz unrealistisch ist und damit die Ablehnung der Vorlage sehr wahrscheinlich wird. Dies läßt erneut den Verdacht aufkommen, daß es hier um Wahlkampfkalkül und nicht um die Sache geht.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, SPD, CDU/DA und DSU)

Dabei ist die Lösung dieser Aufgabe von höchster Dringlichkeit, betrifft sie doch weiteste Kreise unserer Bevölkerung und könnten darüber hinaus wichtige Impulse für eine deutsche und europäische Abrüstung gegeben werden.

Wir teilen entschieden nicht die Meinung aus Kreisen des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung, wie sie uns gestern im Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung vorgetragen wurde, daß für ein Konversionsgesetz kein Handlungsbedarf mehr bestünde und die DDR hier keine Vorreiterrolle einnehmen müsse. Die frei und demokratisch gewählte Regierung de Maizière sollte sich von ihrer Honecker-Vorgängerin vor allem dadurch unterscheiden, daß sie ihre schönen, verbal formulierten Ansprüche, wie, eine Vorreiterrolle in der Abrüstung spielen zu wollen, auch in die Tat umsetzt. Dazu ist auch bis zum 3. Oktober noch Zeit.

Wir fordern deshalb die Regierung nachdrücklich auf, der Volkskammer umgehend ein Konversionsgesetz zur Regelung aller politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der Abrüstung einschließlich regionaler und kommunaler Fragen vorzulegen, von der Volkskammer verabschieden zu lassen und im Einigungsvertrag festzuschreiben.

Was nicht Aufgabe dieser Regierung sein kann - und das möchte ich Herrn Gysi ins Stammbuch schreiben -, ist die Sicherung sämtlicher Arbeitsplätze bzw. die weichgepolsterte Absicherung des Ruhestandes für 23 000 Offiziere und 800 Generale,

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, SPD, CDU/DA und DSU)

in der Höhe - ich zitiere aus der Vorlage der PDS -

„aus dem aktiven Wehrdienst entlassener Berufssoldaten der Deutschen Bundeswehr“.

Das ist angesichts der Mindestrenten in unserem Land glatter Hohn.

(Unruhe im Saal)

Aber vielleicht kann die PDS für Berufssoldaten einen Fond gründen aus ihrem Vermögen.

(Beifall bei allen Fraktionen, außer bei der PDS)

Noch besser wäre es allerdings, wenn die PDS, nachdem sie sich tapfer die Forderungen der Friedensbewegung unseres Landes auf die Fahnen geschrieben hat, endlich einmal zu dem Stellung nehmen würde, was ihre Vorgängerin und Geldquelle SED den Menschen angetan hat, die schon vor der Wende für Abrüstung und Wehrdienstverweigerung eingetreten sind.

(Stürmischer Beifall von allen Fraktionen mit Ausnahme der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Der Beifall läßt darauf schließen, daß es sich nicht nur um den Abschluß, sondern auch um den Höhepunkt dieser Debatte gehandelt hat.

Das Präsidium schlägt vor, den von der Fraktion der PDS eingebrachten Gesetzentwurf auf Drucksache Nr. 181 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß sowie an den Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung zu überweisen. Wer mit diesem Überweisungsvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen diese Überweisung? - Wer enthält sich der Stimme? - Das muß ich noch einmal abstimmen.

Wer für den Überweisungsvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das muß gezählt werden. Ich bitte die Schriftführer nach vorn.

Ich frage noch einmal: Wer ist für die Überweisung? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer gegen die Überweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich der Stimme? - Das Abstimmungsergebnis war ohne die Enthaltungen klar. Für die Überweisung haben gestimmt 88 Abgeordnete, gegen die Überweisung haben gestimmt 99 Abgeordnete. Damit ist die Vorlage nicht überwiesen. Wir müssen über die Vorlage hier jetzt unmittelbar entscheiden. Es geht also um die Abstimmung über die Drucksache Nr. 181. Es handelt sich also um die Verfassungsänderung, Gesetz zur Änderung der Verfassung der DDR.

Dieses Gesetz würde jetzt praktisch, nachdem sozusagen in der 1. Lesung keine Überweisung beschlossen worden ist, in der 2. Lesung verhandelt werden. Die Frage ist jetzt zu klären, ob Sie dieser 2. Lesung, also dieser Annahme des Gesetzes zustimmen. Da es sich um ein Verfassungsgesetz handelt, bedarf diese Zustimmung der Zweidrittelmehrheit.

Ich frage Sie also jetzt, wer diesem Gesetz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Das war bereits die einfache Mehrheit dagegen, zweifelsfrei also keine Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz. Das Gesetz ist damit abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Punkt. Es handelt sich jetzt also um den Tagesordnungspunkt 6, die Drucksache Nr. 184. Themengegenstand sind die militärpolitischen Leitsätze, die Konversion und die Fürsorgepflicht, die Berufssoldaten. Das Präsidium schlägt vor, die von der Fraktion der PDS eingebrachten Gesetzentwürfe, verzeichnet in Drucksache Nr. 184, zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Abrüstung und Verteidigung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform, den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Soziales sowie den Ausschuß Deutsche Einheit zu überweisen.

Ich frage Sie, wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist mit klarer Mehrheit bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen so überwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über die dritte Überweisung, den Tagesordnungspunkt 7 betreffend, also die Drucksache Nr. 185. Das Präsidium schlägt vor, den von der Fraktion der PDS eingebrachten Gesetzentwurf zu überweisen zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Innenausschuß, den Ausschuß Deutsche Einheit sowie den